



Bezirksverband Südhessen

Rundschreiben Nr. 2

Liebe GEW-Kolleginnen und Kollegen im Bezirksverband Südhessen,

mit dieser Mail schicken wir Euch ein zweites Schreiben des Vorsitzendenteams mit aktuellen Informationen und Stellungnahmen.

Mischt Euch ein!

Der 1. Mai gehört der Arbeiterbewegung.

Für Aufstehen Offenbach-Land, das Gesundheitskomitee Dreieich und Mitglieder der Offenbacher Friedensinitiative, die eine Demonstration und Kundgebung in Offenbach am 1. Mai angemeldet haben und von den Vorsitzendenteams der GEW-Kreisvorstände Offenbach-Stadt und Offenbach-Land unterstützt wurden, war das eine klare Sache: [Sie zeigten Flagge.](#)

Auf der Kundgebung fielen Worte, die uns aufhorchen lassen sollten: „Vor 100 Jahren ließ der bisher größte Generalstreik in Deutschland den rechtsgerichteten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Republik scheitern. Und vor 75 Jahren endete der 2. Weltkrieg und Deutschland wurde von der Nazi-Barbarei befreit.“ Umso wichtiger sei es, auch in Corona-Zeiten, die daraus erwachsenen demokratischen Rechte zu wahren. [Die Offenbach-Post berichtete.](#)

Vor diesem Hintergrund müssen wir – unter Beachtung der Pandemieregeln - gerade jetzt und heute die öffentlichen Räume zurückerobern. Wir haben ein Recht darauf, dass unsere Meinung öffentlich wird. Surrogate reichen nicht aus, um die Geschicke der Welt aus der Perspektive der abhängig Beschäftigten mitzugestalten. Als aktive Gewerkschafter müssen wir in der realen Welt für unsere Rechte eintreten können.

Mitbestimmungsrechte der Elternschaft

„Coronazeit ist Krisenzeit, Krisenzeit ist die Zeit der Exekutive, die Zeit der Exekutive ist die Zeit des ‚Durchregierens per Verordnung‘. Grundrechte des Grundgesetzes, aber auch der Hessischen Verfassung werden in noch nie dagewesener Art und Weise eingeschränkt. Im Bildungsbereich führt das dazu, dass das Mitbestimmungsrecht der Eltern auf allen Ebenen völlig zum Erliegen kommt. Dabei gewährt gerade Artikel 56 (6) der Hessischen Verfassung den

Erziehungsberechtigten ein umfassendes Mitwirkungsrecht bei der Gestaltung des Unterrichtswesens. Coronazeit ist Krisenzeit, elterliche Mitwirkung kostet Zeit, Zeitnehmen in einer Krise? Schnelles ungehindertes Agieren ist angesagt, um die Krise zu bewältigen, so jedenfalls die vorherrschende Meinung. Wer schnell und ungehindert losrennt, ist zwar schnell, aber möglicherweise auch schnell am Ziel vorbeigeschossen.“

Diesen klaren Worten des [elternbund hessen e.V.](#) ist nichts mehr hinzufügen, außer vielleicht, dass auch wir die Exekutive auffordern, die geübten Regeln der Demokratie nicht zum erstbesten Anlass über Bord zu werfen. Die Exekutive tagt ja auch, um Beschlüsse zu fassen.

Stadtparlamente

Die Schulträger veröffentlichen zwar, in Ableitung/Ausbuchstabierung der Vorgaben der Ministerien, Hygieneregeln, die in den Schulen zur Anwendung kommen sollen. Doch haben diese zwei entscheidende Mängel:

Die Abschiebung der Verantwortung auf die Ebene der Schulen

Die Seiten sind vollgeschrieben mit Anforderungen, Aufforderungen, Ansprüchen und Vorstellungen, die, an der Realität von Schule gemessen, nicht oder nur in Teilen umsetzbar sind. Die Vorgaben sind sinnvoll - keine Frage-, aber unterstützend sind sie nicht, höchstens fordernd. Denn nach langem Lesen stellen Schulleiter*innen wie Lehrkräfte fest, dass sie im Wesentlichen diejenigen sind, die die Maßnahmen umsetzen und überwachen sollen. Beispielhaft kann hier der Hygieneplan Wiesbaden in Bezug genommen werden: [Stellungnahme des Gesamtpersonalrats RTWI.](#)

Die Nichteinbeziehung aller gewählten Parlamentarier

In Offenbach gilt, dass die Stadtverordneten beschlossen haben, in der nächsten Zeit einen sogenannten Zentralausschuss anstelle des Stadtparlaments tagen zu lassen. Eine breite Mehrheit der Stadtverordneten stimmte in der vergangenen Woche für die Einrichtung des Gremiums. Die rechtlichen Grundlagen dafür wurden durch aktuelle Ergänzung der Hessischen Gemeindeordnung gelegt, die vorerst bis 31. März 2021 gilt. In Städten wie Frankfurt, Darmstadt oder Wiesbaden finden ebenfalls keine regulären Sitzungen mehr statt. Zu beschließen gibt es allerdings viel. Aus diesem Grund sollten die Anstrengungen eher in die Richtung gehen, pandemiegerechte Tagungsbedingungen für alle Mandatsträger zu schaffen.

Konferenzrechte der Lehrkräfte

Im Schreiben des Hessischen Kultusministeriums an alle Staatlichen Schulämter vom 30.04.2020 *Schulrechtliche Fragen zur Leistungsbewertung, Versetzungen, Abschlüssen und weitere Verfahren sowie Entscheidungen im Zusammenhang mit der Aussetzung sowie der Wiederaufnahme des Unterrichts im Schuljahr 2019/2020* heißt es in Punkt 12 unter der Überschrift *Abweichungen im Beschlussverfahren bei Konferenzen oder Gremien*: „In Umsetzung der geltenden Verordnungslage zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus kann eine Beschlussfassung innerhalb der schulrechtlichen Gremien nicht in der gewohnten Präsenzform stattfinden, soweit die geltende Hygiene-, insbesondere Abstandsregelungen nicht eingehalten werden können. Stattdessen können Konferenzen unter Wahrung der Anforderungen des Datenschutzes auch in elektronischer Form stattfinden. Die Teilnahme an der elektronischen Konferenz steht in diesem Fall der Anwesenheit gleich.“

Das Ausweichen auf virtuelle Formen der Beschlussfassung blendet die Frage der Freiwilligkeit der Teilnahmemöglichkeit, der Zurverfügungstellung der technischen Voraussetzungen (Hard- und Software) sowie die Frage, wer denn (und wie) die Anforderungen an den Datenschutz zu erfüllen hat, vollständig aus. Mit diesen misslichen, aber entscheidenden Details müssen sich Schulleitungen und

Lehrkolleg*innen nun herumschlagen.

Wie sieht es mit dem Recht am eigenen Bild aus, wie mit der Notwendigkeit, dass der Dienstherr die Voraussetzungen für die Partizipation in der Schule zu schaffen hat? Fragen, die der Hauptpersonenrat der Lehrerinnen und Lehrer gerne gestellt hätte; Fragen, mit denen sich die Gesamtpersonalräte und die Schulpersonalräte sicher gern beschäftigt hätten. Alle Gremien hätten unisono dem Dienstherrn die Grenzen aufgezeigt, die es gibt, wenn einfach mal so eben alles digital wird, aber vergessen wurde, dass Lehrkräfte immer noch keinen digitalen Arbeitsplatz haben. Vom Datenschutz mal ganz zu schweigen.

Demokratie braucht Zeit. Eine Binsenweisheit. Heute braucht Demokratie auch Räume. Und zwar Räume, die so gewählt sind, dass Mitgestaltung und realer Diskurs auch in der Schule wieder möglich wird. Demokratie und Beteiligung sollten keine Schön-Wetter-Veranstaltungen sein. Gerade in der Krise bedarf es der Beteiligung der Kolleg*innen und der Personalräte.

Schülervertretungen

Im gleichen Schreiben des HKM heißt es: „Eine ordentliche Schülerversammlung auf Einladung des Schülerrates findet im Schuljahr 2019/ 2020 nicht statt, soweit sie nicht bereits vor dem 16. März 2020 durchgeführt wurde.“ Kommentar: Überflüssig.

Die LiV des Prüfungssemesters aus Darmstadt-Dieburg bitten um Aussetzung der Prüfung

Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst des Studienseminars Darmstadt-Dieburg richten eine Petition an das Hessische Kultusministerium und die Lehrkräfteakademie. "Die Bitte basiert auf der heute erschienenen Verordnung zur 2. Staatsprüfung für die Lehrämter der GHRF, Gym, Berufsschulen und alle weiteren Bereiche der LiV-Ausbildung. Konkret bitten wir, die betroffenen LiV, um eine Änderung der Verordnung und damit um die Anerkennung von erbrachter Leistung und der derzeitigen kritischen Situation." [Unterstützt die Bitte durch Eure Unterschrift!](#)

Digitales Lernen

Hierzu das Statement einer Kollegin, die gern anonym bleiben möchte: „Eltern sehen alles sehr unkritisch zur Zeit. Und wir haben gerade in meiner Grundschule große Probleme, uns gegen Eltern abzugrenzen, die massiv Videokonferenzen, Lernvideos oder generell digitalen Unterricht fordern. Wir haben uns bewusst als Kollegium dagegen entschieden, da wir viele Kinder haben, die diese digitalen Möglichkeit nicht haben und die Schere zwischen den Kindern, die eh schon durch die Situation immer weiter auseinander geht, nur noch weiter wird. Unser Grundverständnis unseres Berufes ist es, nicht nur privilegierte Kids zu bilden, sondern alle! Deshalb telefonieren wir und fahren auch persönlich bei den Kids vorbei. Es sind GS Kids und keine Abiturienten. Alle sollen auch in schwierigen Zeiten die Chance haben, etwas zu lernen und nicht nur die, die einen Drucker, einen Laptop und Eltern, die das dann noch alles für sie managen, haben.“ Dazu passend die [Schilderung eines Familienvaters mit Hartz-IV-Bezug](#).

Eltern und Lehrer*innen

Aber es gibt auch sehr positive Resonanz für die Kolleg*innen, z.B.: „Das liegt ja gar nicht an den Lehrern?!“ [Blog bei FAZ-Online von Tanja Weisz](#).

Ausblick

Gewerkschaften haben auch einen gesellschaftspolitischen Auftrag. Darum können wir uns nicht auf die Arbeitsbedingungen und den Arbeitsschutz in den von uns vertretenen Einrichtungen beschränken. Die Wahrung unserer Grundrechte, die Verteidigung unserer Demokratie und mögliche Umverteilungen sind für uns als Gewerkschafter von elementarer Bedeutung.

In den ersten Wochen der Krise gab es kaum Kritik an den Maßnahmen der Regierung, sondern eher eine Welle der Dankbarkeit. In dieser „Stunde der Exekutive“ (Der Tagesspiegel vom 30.3.) war vieles möglich, was in anderen Zeiten zu Protesten geführt hätte. Nicht alle Restriktionen waren medizinisch begründbar, etwa das Verbot, allein auf einer Parkbank zu sitzen, wie in Bayern und Sachsen, oder das Verbot einer Motorraddemo für den Frieden in Frankfurt. In einer Art Schockstarre vermieden auch Oppositionelle lauten Protest, sodass der [Frankfurter Stadtdekan zu Eltz der FR am 31.3.](#) sagte: „Manchmal staune ich schon, dass sich ausgerechnet ein Katholik dafür starkmachen muss, den Einsatz von Autorität auf das notwendige Minimum zu begrenzen.“

Eingeschränkt erschien auch die Meinungsfreiheit. Kritisches Hinterfragen wurde schnell als Verschwörungstheorie eingestuft und oft auch als gefährlich empfunden. Ein tödliches Virus, das sich ausbreitet, macht Angst, die durch Verunsicherung noch verstärkt wird. Wenn wir zu denen, die uns regieren, Vertrauen haben, können wir uns sicherer fühlen. Und in diesem Gefühl wollen wir nicht gern gestört werden.

Angst spaltet. Es wird schwer, andere Auffassungen zu ertragen. Schnell werden Menschen, die Dinge anders sehen, als Gegner eingestuft und bekämpft. Es gibt Klagen über eine Überlastung der Polizei durch eine Vielzahl von Anzeigen von Bürger/-innen gegeneinander, wie der Deutschlandfunk am 11.4. über [„Denunziantentum in Corona-Zeiten“](#) berichtete.

Inzwischen werden kritische Stimmen lauter, Gerichte haben ein generelles Demonstrationsverbot gekippt, und Freiheitsrechte werden zurückgefordert, soweit ihre Einschränkung nicht nachweislich der Eindämmung der Epidemie dient. Wir als Gewerkschafter sehen uns verpflichtet hierbei mitzutun. Wir wollen nicht, dass die Epidemie genutzt wird um durchzuregieren. In Corona-Zeiten lassen sich neue atomwaffenfähige Kampfflugzeuge anschaffen, ohne dass große Diskussionen und Proteste möglich sind. Datenschützer warnen häufig vor dem „gläsernen Patienten“ und der Möglichkeit, Menschen zu tracken. Unter aktuellen Vorzeichen ist das leicht zu realisieren - und später möglicherweise nicht mehr rückholbar. [Davor warnt Edward Snowden.](#)

Wenn wir in Angst verharren, uns spalten lassen und in der Möglichkeit uns auszutauschen eingeschränkt sind, haben wir derartigen Vorhaben wenig entgegenzusetzen. Darum: Lasst uns unsere Angst überwinden und miteinander reden, damit wir in gemeinsamer Diskussion Wege finden, die unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven berücksichtigen und die Beschränkungen eindimensionaler Sichtweisen verlieren.

Das ist nicht nur notwendig, um staatliches Handeln wieder auf eine partizipativere Grundlage zu stellen. Neben unserer Regierung gibt es auch andere mächtige Akteure. Naomi Klein hat in ihrem Buch [„Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“](#) 2007 beschrieben, wie derartige Katastrophen dazu ausgenutzt werden, Privatisierungsmaßnahmen durchzusetzen und sozialstaatliche Mechanismen abzubauen. Große Gewinne können bei der Übernahme angeschlagener Betriebe erzielt werden. So wurden etwa nach dem Tsunami 2004 ganze Küstenorte aufgekauft. Dass die jetzige Wirtschaftskrise ebenso missbraucht wird, ist nicht unwahrscheinlich.

Die Krise entzieht vielen die Grundlage ihrer Existenz. Gerade prekär Beschäftigte, Soloselbständige oder Kunstschaffende sehen sich vor dem Aus, [können allerdings die staatlichen Hilfen nur eingeschränkt nutzen.](#)

Profitieren können hingegen Konzerne, die auf ihre Lobby setzen. Für das Geld, dass die Regierung zur Verfügung stellt, müssen wir alle aufkommen. Deutliche Auswirkungen auf künftige Staatshaushalte sind absehbar. Wir müssen uns

einmischen, um Sozialabbau und Umverteilung zu verhindern.

Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass nicht die Schwächsten die Kosten der Krise tragen. Dies gilt in der Schule, wo ohnehin benachteiligte Schülerinnen und Schüler durch Digitalisierung und Homeschooling noch mehr abgehängt werden, als dies ohnehin schon der Fall war. Und dies gilt auch gesamtgesellschaftlich.

Gewerkschaften verhandeln über Tarife und versuchen, für ihre Mitglieder einen gerechten Anteil herauszuholen. Was nun droht, könnte zu einer Umverteilung führen, die alles Bisherige in den Schatten stellt. Wir sind als Gewerkschafter gefordert, hier unsere Stimmen zu erheben.

Ausdrücklich hinweisen möchten wir auf die zum Thema passende Kachel auf der [Homepage des BV Südhessen](#).

Wie weiter?

Einmischen tut not. Schilderungen von Zumutungen und Aktionen. Personalräte, die aufzeigen, dass da, wo Unterricht möglich ist, auch die Interessen der Kolleg*innen in Präsenzkonferenzen artikuliert werden können müssen. Gewerkschaften, die sich die Straße zurückholen. Und Tarifverhandlung, die deutlich machen, [Klatschen allein reicht nicht](#), und vieles andere mehr.

Stets aktuell sind die Seiten der Kreisverbände und die Informationen der Gesamtpersonalräte in Eurem Schulamtsbezirk. Alle Kontaktdaten findet Ihr auf der Seite der [GEW-Südhessen](#).

Wenn Ihr Informationen habt, die personalrätliches oder gewerkschaftliches Handeln erfordern, leitet diese an eure Personalräte und Gesamtpersonalräte weiter. Holt euch Unterstützung, wenn ihr sie braucht. Unterstützt selbst die Kolleg*innen und werdet „[Aktiv vor Ort](#)“.

Bleibt gesund, aktiv und zuversichtlich – alles Gute!

Christine Dietz, Michael Köditz, Dr. Manon Tuckfeld
Vorsitzendenteam des BV Südhessen

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Bezirksverband Südhessen
64283 Darmstadt, Gagernstraße 8**

Hinweis: Wir erklären ausdrücklich, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der Seiten haben, auf die per Link verwiesen wird. Rechtlich distanzieren wir uns hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten Seiten und machen uns ihre Inhalte nicht zu eigen.

Informationen zum Datenschutz:

Sie erhalten diese Mail als Mitglied der GEW in unserem Bezirksverband. Wir verwenden für unsere Mail-Info Software Newsletter2Go. Ihre Daten werden dabei an die Newsletter2Go GmbH übermittelt. Newsletter2Go ist es untersagt, Ihre Daten zu verkaufen und für andere Zwecke als für den Versand unseres Newsletters zu nutzen.

Newsletter2Go ist ein zertifizierter Anbieter mit Sitz in Berlin, welcher nach den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung und des Bundesdatenschutz-

gesetzes ausgewählt wurde. Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.newsletter2go.de/informationen-newsletter-empfaenger/>

Die erteilte Einwilligung zur Speicherung der Daten, der E-Mail-Adresse sowie deren Nutzung zum Versand des Newsletters können Sie jederzeit widerrufen, etwa über den "Abmelden"-Link unten. Als Datenschutzbeauftragter ist für uns zuständig: Wolfgang Schwanz, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, info@gew-hessen.de.

Möchten Sie unsere E-Mails nicht mehr erhalten?

[Hier Abmelden](#)